



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politische Rundschau : der französische Congreßvorschlag.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

des öffentlichen Willens in Süddeutschland, was die „eiserne Consequenz“ erschütterte.

Ueber die Debatten selbst nur das eine Wort, daß sie nach allgemeinem Urtheil, wenige Momente abgerechnet, weit nicht auf der Höhe des Gegenstandes waren. Es waren doch zu ausgetretene Geleise, in welchen sie sich bewegten. Auch der Umstand, daß der Schwerpunkt der Entscheidung in den jeden Augenblick aus München erwarteten Telegrammen lag, machte sich geltend, selbst die äußere Physiognomie der Verhandlungen zeigte keineswegs jene Würde, die man sich von so ernster Entscheidung unzertrennlich denkt. Alles in allem wird man sich Glück dazu wünschen dürfen, daß dies die letzte Verhandlung von so weitgreifendem nationalen Interesse gewesen ist, über welche eine Einzelkammer zu Gericht saß. Die in den Institutionen des Particularstaats zerstückte Stimme des Volks geht über auf das deutsche Parlament — das ist ja wohl auch der tiefste Grund, warum die bisherigen Monopolisten des Constitutionalismus sich so verzweifelt wehren gegen Bildungen der Zukunft.

r

Politische Rundschau.

Der französische Congressvorschlag.

X Leipzig, Mitte November.

Nach einem bekannten lateinischen Sprichworte werden die Völker geschlagen, wenn und so lange die Fürsten streiten. Die Erfahrung des laufenden Jahrhunderts hat den Völkern bewiesen, daß es für sie unter Umständen noch bedenklicher sein könne, wenn ihre Könige Frieden schließen und sich zu vertraulicher Berathung versammeln. Deutschen, Franzosen und Italienern ist die Erinnerung an die Congresse und Fürstencorferenzen der Restaurationszeit beinahe ebenso verhaßt, wie das Andenken der großen Kriege, welche am Wendepunkt des Jahrhunderts den Welttheil zerrissen, und wenn die Verhältnisse sich seit den letzten funfzig Jahren auch genugsam verändert haben, um die Wiederkehr von wiener, veroneser und carlsbader Beschlüssen unmöglich erscheinen zu lassen, so hat das Wort „Congress“ doch noch immer einen schlechten Klang in allen Kreisen, welche nicht direct mit der Diplomatie zusammenhängen. Die Mißverhältnisse, an denen die verschiedenen europäischen Staaten laboriren, sind zum größten Theil Conferenzgeschöpfe, während die heilsamen Umwäl-

zungen und Neugestaltungen des letzten Jahrzehnts fast ausnahmslos auf rechtzeitig geführte Kriege zurückzuführen sind; kein Wunder, daß die Mehrzahl unserer Zeitgenossen von Friedenscongressen noch weniger wissen will wie von Kriegen. Ein französischer Schriftsteller hat während des vorigen Jahres gelegentlich die Behauptung aufgestellt, die „leitenden Principien“, in deren Namen die Staatsmänner der letzten Jahrhunderte die Organisation der europäischen Völkerverfamilie unternommen, hätten jederzeit in directem Gegensatz zu den Handlungen und Zwecken derselben gestanden; das von den Weisen des westphälischen Friedensschlusses ausgegebene Schlagwort vom „europäischen Gleichgewicht“ sei der Deckmantel für eine Reihe der frechsten, zum Zwecke der Hegemonie Frankreichs geführten Eroberungskriege gewesen, im Namen der 1789 aufs Schild erhobenen Phrase von der Brüderschaft aller Völker und der Condorcetschen Sätze über die Verwerflichkeit der Eroberungskriege seien Belgien und das linke Rheinufer erstritten worden, die Praxis der 1795 vom Convent publicirten Nichtinterventionstheorie sei ein Krieg Aller gegen Alle gewesen und das vom wiener Congreß eingeleitete Zeitalter der Legitimität habe mehr Revolutionen und gewaltsame Thronwechsel aufzuweisen gehabt, als irgend ein anderer Abschnitt der neuern Geschichte. — Die Quintessenz dieser geistreichen Hypothese ist, wie man glauben möchte, Gemeingut geworden, noch bevor dieselbe von André Cochut im vorigen Jahrgang der Revue des deux mondes aufgestellt worden. Wie die Völker nach Beendigung des italienischen Krieges von einer allgemeinen Fürstencouferenz nichts wissen wollten und eine mittelmäßige Brochure dazu hinreichte, den Congreßgedanken in der Geburt zu ersticken, so hat auch die in den letzten Wochen von Frankreich in Vorschlag gebrachte europäische Berathung über die Zukunft des Papstthums nirgend wirkliche Sympathien gefunden. Die Lehre, daß der Welttheil von einem Punkte aus beherrscht werden müsse, daß die Großmächte berechtigt seien, die Rolle der europäischen Vorsehung zu spielen und den einzelnen Völkern der angeblichen „allgemeinen Wohlfahrt“ zu Liebe Beschränkungen oder Hemmungen ihrer natürlichen Entwicklung vorzuschreiben, sie sieht sich vergebens nach einer Gemeinde von Gläubigen um. Sind die Nachrichten, welche die Zeitungen über die Moustierschen Einladungen zum Congreß veröffentlicht haben, begründet, so hat Napoleon auf die Theorie von dem vormundschaftlichen Recht der Großmächte selbst Verzicht geleistet und nicht nur Rußland, Preußen und England, sondern sämmtliche Staaten zweiten Ranges, sogar Sachsen, (das durch seinen Eintritt in den norddeutschen Bund sein Recht auf eine selbständige Diplomatie aufgegeben hat) zur Theilnahme an dem Schiedsgericht geladen, das die künftigen Beziehungen Italiens zum dominium temporale des Papstes regeln soll. Selbst Griechenland und der Großtürke sind als Theilnehmer dieser Conferenz über den heiligen Stuhl „in Aussicht genommen“.

Es dürfte kaum eine europäische Zeitung geben, welche es nicht für Pflicht gehalten hätte, ihre Meinung über die Rathsamkeit oder Unrathsamkeit des projectirten allgemeinen Congresses abzugeben. Von gewissen französischen Regierungsorganen abgesehen, hat sich aber keine Stimme erhoben, welche diesen Plan freudig begrüßt hätte, — und in der That läßt sich schlechterdings nicht absehen, wozu derselbe führen und wie ein Congress die römische Frage regeln soll. Italien ist ein constitutioneller Staat, die Politik Menabreas muß, wenn sie Bestand haben soll, eine parlamentarische Majorität hinter sich haben. Eine italienische Volkvertretung, welche die Schmach der letzten Wochen besiegelte, wird aber weder Victor Emanuel noch einer seiner Minister aufzutreiben im Stande sein. Wäre das Fortbestehen des Kirchenstaates neben dem italienischen Königthum nicht schon längst eine Unmöglichkeit gewesen, die letzte französische Intervention hätte es zu einer solchen gemacht. Mag die Integrität des gegenwärtigen römischen Gebiets von Frankreich oder von der Mehrzahl aller Staaten Europas verlangt werden — das italienische Königthum ist außer Stande, dieselbe zu garantiren. Die einzig mögliche Gewähr besteht in einer starken französischen Besatzung, und weil Napoleon selbst weiß, daß diese mit der Selbstvernichtung seiner italienischen Schöpfung identisch ist, hat er den Ausweg einer Entscheidung durch den europäischen Areopag vorgeschlagen. Mag dieser seinen Richterspruch fällen wie er wolle, die einmal gegebenen Verhältnisse vermag er nicht zu ändern. Das Resultat der Entwicklung des europäischen Völkerlebens der letzten zehn Jahre ist die Negation der alten Lehre, nach welcher die Bedingungen der Organisation des Einzelstaats von ihrem Verhältniß zu dem „System“ abhängig sind, in welches die Minister der Großmächte den Welttheil zu zwingen für nothwendig halten. Das moderne europäische Staatsrecht dreht die Sache um, und macht die Configuration des Ganzen von der Wohlfahrt und der naturgemäßen Constituirung der einzelnen Nationalitäten abhängig.

Aus diesem Gesichtspunkt betrachtet erscheint es ziemlich gleichgiltig, wie die verschiedenen Theilnehmer eines europäischen Congresses über die Lösung der römischen Frage denken würden, — vermögen sie es doch nicht, an den Bedingungen des natürlichen Verlaufs derselben irgend etwas zu ändern. Das Wagniß, zu Gunsten des neunten Pius mit bewaffneter Hand zu interveniren, wird von den Großmächten keine dem französischen Kaiserreich nachmachen. Preußen, Rußland und England haben keine katholischen Interessen zu vertreten, und Oesterreich ist durch seine inneren Schwierigkeiten wie durch seine Beziehungen zu den Nachbarstaaten an einem Vorgehen dieser Art verhindert.

Will Frankreich aber den Andeutungen des Moniteur gemäß seine Truppen bis zur gänzlichen Pacification Mittelitaliens in Rom und Civitavecchia lassen, so scheint, mag der Congress sagen, was er wolle, ein Krieg unvermeidlich

und diesen wird Napoleon schwerlich mit Italien allein zu führen haben. Was werden die Kammern, die sich inmitten der leidenschaftlichen Erregung des vergangenen Frühjahrs zu einer Kriegserklärung gegen Preußen nicht entschließen konnten, — was werden diese zu einem Kriege gegen das Selbstbestimmungsrecht der Italiener sagen? Wird es für diese irgend welche Bedeutung haben, wenn die kaiserliche Regierung das Wächteramt an den Thoren der ewigen Stadt in Uebereinstimmung mit der Mehrzahl der übrigen europäischen Großmächte führt? So liegen die Dinge, wenn diese europäischen Mächte sich zu Gunsten des Papstes aussprechen und die bisherige Politik Frankreichs gut heißen.

Der Gründe für diese Annahme sind ebenso wenige, als der Gründe für die Wahrscheinlichkeit des Gegentheils viele sind. An der Abneigung, die England, Preußen und Rußland gegen eine Schwächung Italiens zu Gunsten des Papstthums hegen, hat sich seit dem Schluß des vorigen Monats absolut nichts geändert. Das scheint man in Rom noch genauer zu wissen, wie in Paris, und die Nachricht, daß die Curie lieber mit Frankreich und Italien allein verhandeln will, als mit einem vorwiegend katholischen Congreß, ist sicher nicht aus der Luft gegriffen. Welche Vortheile Frankreich sich von einem solchen verspricht, ist gleichfalls nicht abzusehen. Wird an den Schwierigkeiten seiner Stellung zu Italien auch für den Fall der Parteinahme Europas für das Papstthum nichts geändert, so müßte diese und damit zugleich das Verhältniß der Regierung zur französischen Volksvertretung, eine nahezu unhaltbare werden, wenn die Haupttheilnehmer des Congresses einfach erklären, Rom habe sich mit Italien selbst auseinander zu setzen — die Resultate dieser Auseinandersetzung seien für die übrige Welt gleichgiltig! Edgar Quinets prophetisches Wort, daß die Bundesgenossenschaft Frankreichs mit illiberalen Ideen das sicherste Mittel sei, diesen Staat um den Rest seines Prestige zu bringen, könnte solchen Falls ein tausendfaches Echo finden und den napoleonischen Thron in einer Weise erschüttern, der dieser nicht mehr gewachsen ist.

So sehen, unserer Anschauung nach, die Dinge, wenn es zu einem Congreß kommt — daß ein solcher ermöglicht werde, ist aber noch lange nicht entschieden und Gründe, welche gegen das Zustandekommen sprechen, hat jeder der beteiligten Staaten in reichlichem Maße anzuführen, zumal die Form des französischen Einladungsschreibens den Gedanken nahe legt, die Eingeladenen würden veranlaßt werden, neben der römischen noch andere Fragen der Gegenwart zu discutiren. Daß die Völker nichts thun werden, um ihre Regierungen zur Annahme der pariser Einladung zu drängen, kann für ausgemacht gelten. Die öffentliche Meinung Englands mag von der Beschäftigung mit continentalen Dingen überhaupt nichts wissen, die in Rußland maßgebende Partei hat — wie wir bereits neulich zu erörtern veranlaßt waren — hundert Anlässe,

um principiell jeder Interventionspolitik abhold zu sein; die Liberalen Oesterreichs machen kein Hehl daraus, daß sie bis zur Regelung der inneren Schwierigkeiten, an denen der Kaiserstaat krankt, von auswärtigen Dingen überhaupt nichts hören wollen — und diejenigen Stimmen, denen die Regierung Preußens Gehör zu schenken Veranlassung hätte, wollen von einem Congreß vollends nichts wissen. Und diese instinctive Abneigung der Völker findet in den zur Zeit gegebenen Verhältnissen namentlich des östlichen Europa, reichliche Erklärung. Es ist schlechterdings nicht zu begreifen, warum Rußland sich der Unbequemlichkeit aussetzen soll, die orientalische Frage, deren Lösung es in seiner Hand hat, auf die öffentliche Tagesordnung gebracht zu sehen, — zumal solchenfalls eine Erörterung der polnischen Dinge ziemlich nahe liegen würde; auch für Oesterreich und England wäre die Nöthigung zu offenen Erklärungen darüber, wie sie sich die Zukunft der slavischen Stämme des Südostens denken, eine Verlegenheit, und die außerdeutschen Staaten zweiten Ranges haben vollends kein Interesse, wenn wiederum Compensations- und Grenzberichtigungsmöglichkeiten auftauchen.

Kein Volk Europas hat aber bei dem Zusammentritt eines europäischen Fürsten- und Diplomantentages so wenig zu gewinnen und so viel zu verlieren, wie das deutsche. Schon der Umstand, daß unseren Mittelstaaten diesseit wie jenseit des Main Gelegenheit zu selbständigem diplomatischen Gebahren geboten würde, erscheint höchst bedenklich. Der Particularismus würde aus der Berührung mit politischen Intriquanten von Ost und West neue Kräfte schöpfen, tausend Gedanken und Pläne, welche im Blut des letzten Krieges erstickt worden sind, würden plötzlich aufleben, wenn die Gesandten Sachsens, Bayerns, Hessens u. s. w. von ihren großmächtlichen Collegen in die Versuchung geführt würden, einmal wieder große Politik auf eigene Hand zu treiben. Der Proceß, durch welchen die Staaten des deutschen Südens dem norddeutschen Bunde assimiliert werden, ließe solchenfalls ernstlich Gefahr, unterbrochen zu werden und es müßte für einen der bedenklichsten Fehler, die überhaupt begangen werden können, gelten müssen, ließe Preußen sich herbei, an einer Verathung Theil zu nehmen, in welcher die übrigen deutschen Staaten als gleichberechtigte Glieder des europäischen Concerts mitstimmten; gestattete Graf Bismarck den Staaten, über deren militärische Mittel thatsächlich Preußen allein zu verfügen hat, sich wie unabhängige Mächte zu geriren.

Und abgesehen von allen diesen gewichtigen Bedenken, welcherlei Garantien sind uns dafür geboten, daß die im Princip längst entschiedenen deutschen Dinge nicht mit in die Discussion gezogen werden, daß französische, holländische, österreichische, vielleicht auch bayrische und andere deutsche Diplomaten, gerade so als habe es niemals ein Jahr 1866 gegeben, in ihre alten Gewohnheiten verfallen und von einer deutschen „Frage“ reden? Warum sollten Franzosen

und Engländer die Gelegenheit unbenutzt lassen, Preußen an die noch immer ungelöste deutsch-dänische Grenzregulirung in Nordschleswig zu erinnern oder die Bestimmungen des prager Friedens über das Verhältniß des deutschen Südens unter „Gesichtspunkte“ des europäischen Gleichgewichts d. h. der Interessen Oesterreichs und Frankreichs zu stellen? Selbst wenn Preußen sich vor Beschickung der projectirten Versammlung die solidesten Bürgschaften dafür sicherte, daß dieselbe sich ausschließlich mit Rom und Italien beschäftigen werde, wäre ein Congreß, an welchem die europäischen Mittelstaaten theilnehmen, eine deutsche Calamität. Das Fiasco, das die süddeutschen Particularisten und Ultramontanen in Sachen der Zoll- und Allianzverträge erlitten haben, wird dieselben nicht verhindern, auf anderen Gebieten Revanche zu nehmen, und wir haben alle Ursache, ihnen die Gelegenheit zu Experimenten dieser Art von vornherein zu versperren. Daß ein europäischer Congreß nicht das Feld sein werde, auf welchem für Frankreichs italienische Politik Vorbeeren zu holen sind, weiß man in Paris wahrscheinlich ebenso gut, wie diesseit des Rheins.

Gerade darum liegt die Annahme nahe, Napoleon III. gehe mit dem Gedanken um, diese Versammlung zu anderen Zwecken als denen der Rettung des Papstthums auszubeuten, und um Franzosen mit politischen Fragen zu beschäftigen, die er sich hütet, jetzt bei ihrem wirklichen Namen zu nennen. Nur unter dieser Voraussetzung läßt sich überhaupt verstehen, daß und warum der französische Kaiser sich von einem Congreß Vortheile verspricht. Daß die innere Lage Frankreichs bedenklich genug ist, um nur durch eine künstliche Ableitung des Volksgeistes auf auswärtige Angelegenheiten gefristet werden zu können, dafür mehrten sich die Anzeigen täglich. Die Bewegung gegen den Detroi, welchen man den Industriellen der in das pariser Weichbild gezogenen Nachbarorte aufnöthigen will, die Demonstrationen an den Gräbern des Cavaignac und anderer Republikaner, die heftigen Declamationen der Oppositions-
 presse gegen die völlige Entwürdigung des liberalen Frankreich zu Gunsten der Curie, die Keckheit endlich, mit welcher die Jugend des Quartier latin gegen regierungsfreundliche Lehrer zu demonstrieren wagte, — im einzelnen wollen diese Symptome zunehmender Unzufriedenheit gegen das Kaiserreich noch nicht viel sagen; sie bezeugen aber doch, daß der revolutionäre Zündstoff, dessen Vorhandensein schon vor Jahresfrist nicht geleugnet werden konnte, nicht abgenommen hat, sondern gewachsen ist, und daß die Mittel, welche man bisher gegen ihn angewandt hat, nicht mehr versangen wollen. Es muß mit dem Gefühl, daß der Kaiser selbst für die Bedenklichkeit der Lage seiner Herrschaft hat, ziemlich weit gekommen sein, wenn er sich von Arbeiteraufläufen wie denen der letzten Woche bereits aus der Ruhe schrecken läßt, und wenn er von seinem Seine-Präfecten zu consequentem Festhalten an einmal beschlossenen Maßregeln

gemahnt werden muß. Die Aufmerksamkeit des Volks und seiner Vertreter von Vorgängen dieser Art abzulenken, der Regierung das gefährliche Experimentiren mit liberalen Gesetzesvorschlägen, diesem ultimum refugium, das in Frankreich „Krönung des Gebäudes“ heißt, — zu ersparen und dem Kaiser neuen Spielraum für sein diplomatisches Talent zu verschaffen, dazu ist der Congreß bestimmt! Diese Absichten zu unterstützen hat das deutsche Volk, hat der deutsche Staat weder Grund noch Veranlassung; das französische Volk wird es uns nicht danken, wenn wir seiner Regierung behilflich sind, die begründeten Ansprüche der Nation an würdigere innere Zustände durch die Beschäftigung mit Plänen äußern Ehrgeizes zu übertäuben.

Es ist in letzter Zeit bereits häufig genug ausgesprochen worden, der gegenwärtige innere Zustand Frankreichs sei eine europäische Gefahr; diese Gefahr wird durch Palliativmittel nicht beseitigt, sondern nur verstärkt, und wer es mit Frankreich und mit dem Frieden des übrigen Europa gut meint, wird sich hüten müssen, die Wundercuren zu unterstützen, welche das Empire an dem kranken Körper vornimmt, und bei denen es doch nur darauf abgesehen ist, dem wahren Sitz dieser Uebel das Secirmesser zu ersparen. Wollen wir die Nichtinterventionspolitik zum wirklichen Grundgesetz des europäischen Staatslebens machen, so dürfen wir auch in Frankreich „nicht interveniren“. Das geschieht aber, wenn wir dem Kaiser behilflich sind, fremde Händel zu Fragen der innern französischen Politik zu machen und den Austrag von Dingen zu verzögern, die ausgetragen werden müssen, wenn das französische Volk zur Ruhe kommen soll. Diese Ruhe zu finden, so lange die gegenwärtigen Zustände fort dauern und eines der ältesten Culturvölker unseres Welttheils dazu verurtheilen, ausgeschlossen von den Segnungen eines freien Staatslebens im wüsten Genuß und frivolen Eitelkeitscultus seine Kräfte zu verbrauchen, — das kann den Franzosen auf die Länge nicht zugemuthet werden. Und wir sind die Rechten, die dazu helfen wollen.

Hat das Kaiserthum seine natürlichen Wurzeln im Volksboden verloren, so kann es die Sache der Nachbarvölker nicht sein, demselben die Mittel zur Fristung einer künstlichen Existenz auf fremde Unkosten zu liefern. Einen neuen europäischen Congreß zu Stande zu bringen und diesen zum Schlachtfelde diplomatischer Siege zu machen, ist seit Jahren ein Lieblingsplan Napoleons. Mehr wie einmal hat er versucht, die übrigen Staaten durch das Versprechen einer zeitgemäßen „Revision der Verträge“ zu ködern. Nun, so weit diese Verträge Deutschland betreffen, sind sie durch das Jahr 1866 gründlich genug revidirt worden; wir haben allen Grund, mit den Resultaten dieser erneuten Durchsicht unserer Acten zufrieden zu sein und brauchen weder französische, noch russische, englische oder österreichische Beihilfe, um das begonnene Werk zum Schluß zu führen. Unsere Pflicht wird es vielmehr sein, jene privilegirten Waghalter und

Gewichtvertheiler, welche im Namen des europäischen Aequilibriums Italiener und Deutsche Jahrzehnte lang daran verhinderten, ihr natürliches Gewicht in die Waagschale zu werfen, — für alle Zukunft uns und anderen fern zu halten. Zu gewinnen hat Deutschland von dem Zustandekommen eines europäischen Congresses schlechterdings nichts, wohl aber zu verlieren, und der einfache Grund, daß dieser Schiedsrichter weder von Rom noch von Italien angerufen worden ist, um zwischen ihnen zu entscheiden, ist für Deutschland durchaus genügend, die französische Einladung auszuschlagen.

Wir können darum nur wünschen, daß die neuerdings aufgetauchte Mittheilung sich bewahrheite, nach welcher Preußen seine Theilnahme von der Zustimmung des Papstes zur Einberufung des europäischen Gerichtshofes abhängig gemacht hat; diese wird unter den gegebenen Verhältnissen schwerlich erfolgen, denn wie erwähnt, hat der Papst von den übrigen europäischen Staaten sehr viel weniger für sich zu hoffen, wie von dem französischen. Frankreichs Regierung hat mit den liberalen Ideen der Zeit nicht nur dadurch gebrochen, daß es für den Papst gegen die Italiener eintrat, — sein Vorschlag, die inneren italienischen Schwierigkeiten durch einen Congress zu lösen, ist noch sehr viel reactionärer als die Absendung französischer Soldaten zum Schutz des Papstes. Preußen, der zu der Führung des neuen Europa berufene Staat, muß sein Verständniß für die Forderungen und Bedürfnisse der Neuzeit auch dadurch bekunden, daß es jede Theilnahme an einer Anstalt zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines nach Unabhängigkeit strebenden Volkes ablehnt.

Historische Literatur.

Griechische Geschichte von Ernst Curtius. Dritter Band. Bis zum Ende der Selbständigkeit Griechenlands. Berlin, Weidmann'sche Buchhandlung, 1867.

Indem wir uns auf die in diesen Blättern früher gegebenen Anzeigen der beiden ersten Bände von E. Curtius' griechischer Geschichte beziehen, können wir uns damit begnügen, der willkommenen Nachricht von dem Erscheinen des dritten Bandes wenige kurze Bemerkungen hinzuzufügen. Derselbe theilt die Vorzüge, welche an dem ersten und zweiten Bande zu rühmen waren; ja es will uns bedünken, als ob die historische Kunst des Verfassers im Verfolge seiner Aufgabe sich merklich geläutert